

Sonder-Studienkommission (Stuko) in der PoWi am Mittwoch, den 23. April 2014

... zur Wiederaufnahme des Seminars „Neue Technologien, Menschenbild und Ethik vor dem Hintergrund der Liberalisierungs- und Globalisierungsoffensive“ von Fritz Storim in den Studiengang Politikwissenschaft

>> Protokoll der Unterstützer*innen von Fritz

Beginn ca. 12:00 Uhr – Ende 14:15 Uhr

Einleitung durch die Vorsitzende **Schmidt**:

- Seminar wurde 2010 in den PoWi-GS-Pool aufgenommen, im August 2013 fiel dann die Entscheidung gegen das Seminar mit der Begründung, dass ihnen aufgefallen sei [nach 4 1/2 Jahren!], dass Fritz kein Sozialwissenschaftler, sondern promovierter Physiker sei und es ja seit 2009 den Entschluss in der PoWi gebe, Lehraufträge ausschließlich an Sozialwissenschaftler*innen zu vergeben. Bis dato sei ihnen Fritz quasi durchgerutscht. [Fragt sich nur, warum das Seminar überhaupt im SoSe 2010 in der PoWi überhaupt aufgenommen wurde, wenn dem Institut ihre aufgestellten Regeln so enorm wichtig sind...]

Laut Schmidt hätten sie im September 2013 eine Mail (!) an Fritz verschickt, in der sie ihm über die Beendigung seines Lehrauftrags ab SoSe 2014 [ohne Begründung?] unterrichten [– Fritz hat diese Mail bis heute nicht erhalten] und Mitte November ist das Seminar auf der Stuko thematisiert gewesen. [Allerdings als einer der letzten Tops auf einer mehrstündigen Sitzung, auf der dann auch nicht mehr darüber diskutiert, sondern lediglich über die Beendigung informiert worden ist.]

Sie selbst habe von der Debatte um den Erhalt erst viel später durch den Zeitungsartikel in der taz vom 08./09.02.2014 und durch eine Mail von LiSA erfahren [Wann & welche Mail?]. Zudem habe sie unter der Studierendenschaft bisher kein „großes Interesse“ für den Erhalt des Seminars gespürt [Da fragen wir uns doch, ob 170 gesammelte Unterschriften, die sich für den Erhalt des Seminars aussprechen und über 20 Studierende, die sich in der vorlesungsfreien Zeit auf der Fachbereichsratsitzung am 26. Februar 2014 für Fritz stark machten, kein großes Interesse widerspiegeln?]. Und überhaupt sollen die anderen Fächer nicht denken, „dafür steht Politikwissenschaft, wofür wir so nicht stehen“... Es gäbe eben „allgemeine Regeln“ und „Dafür stehen wir nicht [die Art des Seminar]“ Ihr Fazit sei deshalb: Vor dem Hintergrund der „Professionalisierung der Politikwissenschaft“ sei ein solches Seminar fehl am Platz ... [Na, das ist doch immerhin mal ehrlich!]

Miriam (M.A.-Studentin der PoWi und ehemalige Teilnehmerin des Seminars):

- [Redebeitrag, an dessen Ende sie auf den offenen Brief des wissenschaftlichen Beirates von attac eingeht und die Unterstützer*innen verliest - nicht protokolliert, ähnelt aber ihrer Rede vom 26. Februar 2014¹],

Daraufhin Gepöbel von Schneider und Manow:

1 Nachzulesen ist ihre Rede auf der LiSA-Homepage (www.lisa-bremen.de) und in der neuen TantePaul #10

- Namen der Attac-Mitglieder seien irrelevant bzw. falsch vorgelesen

>> *Es setzt eine allgemeine Debatte darüber ein, sich doch bitte gegenseitig ausreden zu lassen.*

Fritz:

- berichtet von dem Seminar und der Art wie mit ihm umgegangen wurde, dabei zitiert er u. a. Manow aus dem taz-Artikel vom 08./09. Februar 2014. Dieser schüttelt dabei mit seinem Kopf.

Stuga Politik:

- plädiert in seinem Redebeitrag für kritische Seminare an der Uni – sieht sich jedoch auf Grund fehlender Absprachen innerhalb des gesamten StugAs Politik nicht in der Lage sich eindeutig für Fritz zu positionieren.

Steffen Schneider (WiMi):

- Wirft dem StugA Politik „strukturelle Gewalt“ vor, dass dieser einen mehrseitigen Text verlese ohne diesen vorher zu verschicken [Anmerkung: der Redebeitrag lag den Anwesenden ausgedruckt vor], ebenso sieht er das bezüglich des verlesenen Zitates des wissenschaftlichen Beirates von *Attac*. Er will sich nicht von anderen Professor*innen die Entscheidung anzweifeln lassen und stellt die Frage, ob wir die Rolle der Kommission für den Studiengang Politik überhaupt anerkennen. Fordert deshalb Vertrauen bei der Vergabe von Lehraufträgen ein und ist der Meinung, es sei „Keine Rechtfertigung [der Entscheidungen] notwendig!“

Fragt sich unter Bezugnahme auf den Beitrag von Miriam, ob auch andere Studierende es gut finden würden, wenn in einem Seminar die Sitzungen von „ihresgleichen“ konzipiert werden.

Manow:

- spricht von einem „wechselseitige[n] Kommunikationsproblem“ und betont die Professionalität des Studiengangs, indem erneut auf die Entscheidung von 2009 verweist, nur externe Lehraufträge an promovierte Politikwissenschaftler*innen zu vergeben. Auch andere Studiengänge hätten „restriktive Zulassungsvoraussetzungen“.

„Interdisziplinarität“ sieht er nicht, er stelle sich etwas ganz anderes darunter vor [was?]. Er sieht in der Debatte „keine politische Verschwörung“, die Entscheidung sei nicht politisch motiviert, sie sei akademisch motiviert. Es ist ihm mehr oder minder egal, ob es linke oder rechte Seminare gibt, solange die Benotung gewissen Standards entspricht [welche Standards? Wollte der StugA auch wissen.]

Fritz:

- antwortet, dass es doch ein politische Entscheidung ist und zitiert dabei erneut Manow aus der taz [*Manow schüttelt den Kopf*]

>> *Mehrfache Unterbrechungen durch Schmidt und Schneider*

Miriam:

- argumentiert gegen Schneider und „strukturelle Gewalt“, antwortet ebenfalls auf Manow [nicht protokolliert]

da Rocha:

- erinnert sich, dass Peter Meier gefragt hätte „kann das [Seminar] bei uns [im Vorlesungsverzeichnis] veröffentlicht werden“. Das sei ein Missverständnis gewesen, sie wiederholt ihre Behauptung des sektenartigen Kreises (vgl. taz 08./09.02.2014) – Meier widerspricht ihr darauf. Der Fehler mit dem Lehrauftrag sei erst bei dem Wechsel der Geschäftsleitung [als Schmidt Vorsitzende wurde] deutlich geworden. Sie habe keinen Zugang zu den Dokumenten gehabt, die belegen, dass Fritz Physiker ist. Danach gibt sie zu, dass der Vorwurf der Studentin [Briefwechsel an Manow] erst nachträglich kam – dennoch gesteht sie ein, dass dieser sie „bestätigt“ habe. Sie fasst die Kritik der „einen Studentin“ zusammen, nach der das Seminar nicht empirisch fachwissenschaftlich sei, sondern Fritz seine persönliche Erfahrung verallgemeinere. Sie meint, es habe keine Initiativen von Seiten der Studis für das Seminar gegeben... [Naja]

Nonhoff:

- Bei der damaligen Stuko gab es keinen Einspruch, obwohl damals auch studentische Vertreter*innen dabei waren. Er hat 3 Punkte:
 1. didaktischer Punkt: er findet das Veranstaltungsverzeichnis unklar. Ihn störe der letzte Satz, dass neue Leute willkommen sind, es gebe auch keinen „post-Seminarplan“ [also was wurde erarbeitet]. Er hat eigentlich nix gegen Selbstorganisation, dass müsse aber vorher im Seminarplan deutlich gemacht werden.
 2. eine politische Dimension sieht er nicht und dass sei in der Stuko auch nicht relevant, es gibt keine Zensur in der Stuko, sonst müssten auch andere verdächtigt werden. Zudem finde er nicht, dass die PoWi unkritisch ist und keine linken Inhalte habe. Es gibt Platz für kritische Seminare in der Politikwissenschaft, er bezieht sich auf Seminare von Frieda Vogelmann. Er erkennt in all dem „keinen bösen Willen“
 3. studentische Lehre kann auch radikaler gedacht werden: schlägt vor, Seminare selbst über den AStA zu organisieren

>> *Probst pöbelt dazwischen, dass CP bei unserer politischen Einstellung ja eh egal sein müssten.*

Sievers:

- Es gibt angeblich linke Themen an der Uni, insbesondere durch Studierende vertreten. Prinzipiell spricht nichts gegen linke Themen, wenn diese wissenschaftlich fundiert seien. Es sei in der Stuko keine politische Entscheidung gewesen, in der Internationale Beziehungen-Vorlesung würde ja auch über Marx geredet. Beim Seminarangebot geht es vor allem um Qualitätsentscheidungen, sie verweist auf den DIES-Academicus [auf den sich der StugA bezogen hatte]. Sie gibt allerdings zu, dass der Politikwissenschaft im Generals-Studies Bereich „Profil fehlt“ und es teilweise „unstrukturiert“ sei.

StugA:

- weisen den Vorwurf der strukturellen Gewalt zurück. Ihr Vorgehen sei ihrer Basisdemokratie geschuldet. Kritisieren den Vorwurf von Manow, der StugA wisse nicht was wissenschaftlich sei. Es wird betont, dass sich kein*e Student*in beim StugA über das Seminar beschwert hat, vielmehr sich eher für den Erhalt ausgesprochen wurde. Es wird gefordert in der Sitzung lösungsorientiert weiter zu machen.

Schmidt:

- Betont die Außendarstellung des Instituts, Fritz sei kein Fachvertreter, deshalb können von der PoWi aus keine CP für ein solches Seminar vergeben werden. Sie meint, dass wenn Fritz lehren dürfe, auf einmal jede*r PoWi machen kann, weil ja jeder Mensch politisch sei. Das widerspräche aber der Professionalität. Es sei zudem ungerecht, Fritz als Physiker einen [un-

bezahlen!] Lehrauftrag zu geben, während andere PoWis, die hier promoviert haben, keinen bekommen. Außerdem habe die Kommission Verantwortung für die PoWi-Studis und ihre „staatlich finanzierte Berufsausbildung“, dass sie auch wirklich zu vernünftigen Politikwissenschaftler*innen werden [was auch immer richtige PoWis ausmacht]

>> *Es wird dazwischen gerufen, dass es doch inkonsequent von uns sei, Credit Points zu verlangen, da dies doch der Teil der systemimmanenten kapitalistischen Universität sei.*

Miriam:

- Verteidigt, dass wir CP für das Seminar wollen. Es ist nicht inkonsequent, dass wir das Seminar, eben bewusst, im Rahmen der Politikwissenschaften haben wollen

Manow:

- Kritisiert die Notenvergabe in dem Seminar, es könne nicht jede*r gute Noten bekommen. Er würde keiner „Ausnahme“ für die Verlängerung des Lehrauftrags zustimmen, dass sei auch unfair gegenüber anderen Politikwissenschaftler*innen, die auch keinen Lehrauftrag bekommen hätten und selbst an der Uni ausgebildet wurden [das hatte Schmidt zuvor auch schon gesagt]. Auch sieht diese Entscheidung vor dem Hintergrund der Verantwortung gegenüber den Studierenden. Das sei eben nicht wissenschaftlich, „sowas kann man nicht durchgehen lassen“. Das Seminar „hat keinen Platz bei uns“, insbesondere bei der angestrebten Professionalisierung und Akademisierung. Es „tut mir leid [bezüglich der „Kommunikationsprobleme“]“, die „persönliche Integrität“ wollte er Fritz nie absprechen, aber vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Standards sei die Entscheidung notwendig.

Fritz:

- stellt das Seminarprogramm etwas vor und erläutert den Einstieg in das Seminar (die gemeinsame Vorbereitung der Seminare mit Bildern, Folien etc.). Die Aussage, dass er und Manow in verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Welten leben [Manow zuvor], sieht er jetzt bestätigt.

>> *Schmidt unterbricht*

Schneider:

- Er war bei der damaligen Entscheidung noch nicht in der Stuko, aber nach der heutigen Debatte würde er „erst recht“ dazu stehen.

Irgendwann am Ende [vllt. hier] hat Schneider noch mal eine längere Wortmeldung, wo er auch darauf verweist dass man auch die Ressourcen berücksichtigen müsse und dass, auch wenn Fritz Storum das Seminar unentgeltlich leitet, ja auch Kosten für die Kopierkarte [!] entstehen würden

Probst:

- will Fritz seinen kritischen Ansatz nicht absprechen, findet wissenschaftlichen Pluralismus gut, aber radikales Denken muss sich rechtfertigen können. Er sieht keine Zensur an dem Institut für Politikwissenschaft. Aber auch rechtskonservatives Denken „kann kein Dauerabo“ in der PoWi bekommen. Die Entscheidung der Stuko müssten als legitim anerkannt werden. Würde ein anderer Studiengang das Seminar aufnehmen, würde die Stuko erneut prüfen, ob es für ihre Studis in den General-Studies-Pool aufgenommen würde.

StugA:

- macht noch einmal deutlich, dass Studis kritisch und linke Seminare wollen

>> 13:55h Manow verlässt ohne ein Wort die Stuko, Charlotte redet weiter

Fritz:

- Abschlussworte werden akustisch nicht verstanden, da Schneider und andere lautstark ihre Sachen einpacken[!]

Schmidt:

- Erwähnt, dass sie auch mit der Konrektorin geredet hat, führt dies aber nicht weiter aus. Evtl. gibt es die Möglichkeit das Seminar in einem „Global-Education“-Pool unterzubringen.

>> *Keine Redeliste mehr, die Sitzung wird nicht formal beendet, einzelne Mitglieder gehen einfach oder unterhalten sich untereinander. Es gab keine Abstimmung, ob der Lehrauftrag verlängert werden soll. Es bleibt bei dessen Abschaffung. Auch ein offizielles Protokoll wurde scheinbar nicht geschrieben, zumindest wurde es nicht erwähnt.*

>> *Hinter den vorgeschobenen formalen Begründungen wird ziemlich deutlich, dass das Seminar von Fritz politisch unerwünscht ist. Es hat nur niemand das Rückgrad dies öffentlich zu sagen! Stattdessen verschanzen sich die Beteiligten des Instituts hinter Worthülsen und Floskeln, wohl wissend, dass sie am längeren Hebel sitzen. An einer kritischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung, in der unserer gesellschaftlichen Verhältnisse durchaus auf dem Prüfstand stehen, besteht kein Interesse. Vielmehr wird am Status Quo festgehalten – das ist für die Betroffenen komfortabler, bequemer, einfacher. Der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wird von den so bezeichneten Wissenschaftler*innen dabei jedoch nicht nachgekommen!*